

Bocholter-Borkener Volksblatt

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei. Nether Volkszeitung. Geschäftsstelle: Bocholt, Kabelestr. 6. Fernsprecher 92 und 97. Verlagsort: Münster (Westf.) 2. Anholt-Melburger Zeitung.

Nr. 253

Dienstag, den 15. September

1925

Amerika - Anleihe der Rentenbankkreditanstalt.

Die Vorbereitung der Paktkonferenz.

Berlin, 14. Sept. (Draht. unseres Berliner Vertreters.) Die Einladung der Alliierten zur Sicherheitskonferenz ist, wie jetzt zweifellos feststeht, abgegangen und dürfte bereits in den Händen des französischen Botschafters de Margerie in Berlin sein. Dieser hat jedoch bisher dem Auswärtigen Amt noch keine Mitteilung gemacht, wann er die Einladung Briands überreichen wird. Nach den wiederholten Meldungen der Londoner und Pariser Presse darf aber mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß die Einladung am heutigen Dienstag überreicht werden wird. Die erste Besprechung der Einladung und des Sicherheitsproblems im Kabinettsrat ist bekanntlich auf den 21. September festgesetzt. Ferner hat die Reichsregierung in Aussicht genommen, am 22. September eine Besprechung der Ministerpräsidenten der Länder abzuhalten. Am 23. September soll der Auswärtige Ausschuss des Reichstages zusammentreten. Vorher werden die Parteiführer zu einer Besprechung beim Reichskanzler empfangen werden. Danach wird die Reichsregierung noch einmal zu einer Sitzung zusammentreten, um endgültige Beschlüsse bezüglich der Beantwortung der Einladung und etwaiger Gegenvorschläge zu fassen. Bis dahin dürfte zwischen Berlin und Paris über diese Frage auch ein weiterer Meinungsaustausch stattgefunden haben und ebenso der Ort und der endgültige Zeitpunkt der Sicherheitskonferenz, die bis jetzt noch nicht feststeht, bestimmt sein und die Reichsregierung sich schlüssig werden können, in welchem Rahmen die Beantwortung der französischen Einladung gehalten werden soll. Trotz des amtlichen Dementis spricht man noch wie vor davon, daß der allgemeine Sicherheitskonferenz eine Besprechung zwischen Briand und Stresemann stattfinden soll. Es verlautet in parlamentarischen Kreisen, daß der Außenminister Dr. Stresemann selbst den Wunsch haben soll, zwar nicht mit Briand allein, wohl aber mit den Außenministern Frankreichs, Englands und Belgiens eine vertrauliche Aussprache zu haben. Diese Aussprache soll lediglich dem Zwecke dienen, die allgemeine Sicherheitskonferenz vorzubereiten. Ferner erfahren wir in Bestätigung unserer früheren Mitteilung, daß Dr. Stresemann besonders großen Wert darauf legt, daß auch die Deutschen nationalen bei der Lösung des Sicherheitsproblems verantwortlich beteiligt sind. Das bedeutet, daß auch nach der Auffassung Stresemanns einer der deutschen nationalen Reichsminister — und es kommt dafür in erster Linie der Reichsinnenminister Schiele in Betracht — an der Sicherheitskonferenz teilnimmt. In deutschen nationalen Kreisen ist man damit durchaus nicht einverstanden. Man verliert allerhand Witzelzüge, um an der verantwortlichen Teilnahme vorbei zu kommen. So wird u. a. in deutschen nationalen Kreisen geltend gemacht, daß die hinter der Reichsregierung stehenden Parteien eine Regierungskoalition in fester Form eigentlich gänzlich darstellen und daß daher auch die Anwesenheit eines Vertreters der Deutschen nationalen Partei bei der Sicherheitskonferenz überflüssig sei. Wie dem auch sein mag — jedenfalls hat die Reichsregierung nach Lage der Sache über diese Frage noch keine Beschlüsse gefaßt, und man wird abwarten müssen, welcher Standpunkt in der entscheidenden Kabinettsitzung zum Siege kommt. Gänzlich unsicher ist auch noch die Beantwortung der Frage, ob auch die Polen und die Tschechen an der allgemeinen Sicherheitskonferenz teilnehmen sollen. Die Reichsregierung steht bekanntlich auf dem Standpunkt, daß die Diskussionsfragen mit dem westlichen Sicherheitspakte nichts zu tun haben, und sie wird auch zweifellos diesen ihren Standpunkt den Alliierten gegenüber geltend machen. Nach den letzten Auslandsmeldungen scheint allerdings mehr und mehr die Auffassung Englands sich durchgesetzt zu haben, daß die Polen und Tschechen nicht teilnehmen sollen. Jedenfalls befragt eine Londoner Meldung, es sei anzunehmen, daß der polnische und der tschechische Außenminister an der Konferenz nicht teilnehmen würden. Das genaue Verfahren zur Vervollständigung des Paktgedankens durch die deutsch-polnischen und die deutsch-tschechischen Schiedsverträge soll durch die Konferenz bestimmt werden, allerdings erst, nachdem sich die Außenminister zunächst einmal über den Westpakt geeinigt hätten. Dagegen steht jetzt auch nach einer römischen Meldung fest, daß Mussolini die Einladung zur Sicherheitskonferenz annehmen und persönlich an ihr teilnehmen wird.

Reichskanzler Dr. Luther wird am 16. September wieder in Berlin eintreffen. Am 17. September begibt sich das Reichskabinet in Begleitung des Reichspräsidenten nach dem Ruhrgebiet. Eine Aussprache zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsaußenminister Stresemann über die Sicherheitsfrage hat bisher noch nicht stattgefunden. Auch haben sich die in Berlin anwesenden Kabinettsmitglieder noch nicht mit dem Bericht des Ministerialdirektors Gaus befaßt.

Die Teilnahme Italiens.

tu Paris, 14. Sept. (Tel.) Die italienische Regierung hat dem Außenminister Briand eine Antwort hinsichtlich der an Dr. Stresemann zu richtenden Einladung zukommen lassen. In dieser Antwort erklärt Italien, daß

25 Millionen Dollar zu 7 Prozent.

Rückzahlbar nach 25 Jahren.

w. Berlin, 14. Sept. (Tel.) Die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt (Landwirtschaftliche Zentralbank) teilt mit: Die Verhandlungen mit der National City Company in New York wegen einer amerikanischen Anleihe für landwirtschaftliche Real-kredite in Deutschland sind Samstag, den 12. September, abends, zum Abschluß gekommen. Danach übernimmt die National City Company von der deutschen Rentenbank-Kredit-Anstalt Schuldverschreibungen in Höhe von 25 Millionen Dollar, rückzahlbar zu Paris zu einem Jahreszinsfuß von 7 Prozent auf 25 Jahre bei einer Tilgung von 1 1/2 Proz. jährlich zuzüglich erparter Zinsen. Zinsen und Amortisation werden am 15. März und am 15. September jedes Jahres fällig, erstmals am 15. März 1926. Der deutschen Rentenbank-Kredit-

Anstalt steht das Recht zu, die Anleihe auch zu früheren Rückzahlungen im ganzen oder in Teilbeträgen ebenfalls zu Paris, erstmals zum 15. September 1935, sodann zu jedem späteren Zinstermin, zu kündigen. Die Anleihe soll in diesen Tagen zum Kurse von 98 Prozent in den Vereinigten Staaten aufgelegt und ihre Zulassung an der New York Stock Exchange beantragt werden. Die Auszahlung des Gegenwerts der Schuldverschreibungen zu 88 Prozent soll gegen Ende dieses Monats erfolgen.

w. New York, 14. Sept. (Tel.) Ein Syndikat, dem u. a. die National City Bank und die Firma Harries, Forbes u. Co. angehört, wird Mitte der Woche öffentlich 25 Millionen Dollar von Anteilen der Rentenbankanleihe anbieten. Für einen wesentlichen Teil der Anleihe besteht Interesse in Holland, Schweden und der Schweiz, wo die Rentenbankanleihe zur Auflage gelangen soll.

Reichsminister Dr. Neuhaus über die Wirtschaftslage.

Allgemeiner Deutscher Bankiertag.

tu Berlin, 14. Sept. (Tel.) Auf dem heutigen Empfangsabend des letzten allgemeinen deutschen Bankiertages in der Berliner Krolloper, zu dem weit über 1000 Gäste und Teilnehmer erschienen waren, begrüßte man Außenminister Dr. Stresemann, Reichsinnenminister Schiele, Reichsfinanzminister von Schlieffen, Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus und Reichspostminister Stinckel, ferner Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, des Justizministeriums, des Verkehrsministeriums und der Stadt Berlin. Unter den Vertretern der Bankwelt bemerkte man auch den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und den Präsidenten der Deutschen Rentenbank, Dr. Lenz. Auch die preussische Staatsregierung und die übrigen Landesregierungen waren zahlreich vertreten. Zum Präsidenten der Tagung wurde Dr. Kießer einstimmig gewählt.

In seiner Begrüßungsansprache forderte er vor allem ein von gegenseitigem Vertrauen getragenes Zusammenwirken des Bankgewerbes mit der Reichsregierung und den Landesregierungen. Bei der großen Bedeutung eines reibungslosen Zusammenarbeitens zwischen Regierung und Bankwesen müsse auch endlich dem unwürdigen Zustand ein Ende bereitet werden, daß das gesamte große deutsche Bankwesen bisher lediglich zwei seiner Mitglieder als offizielle Delegierte im vorläufigen Reichswirtschaftsrat habe. Der Redner wies dann weiter darauf hin, daß auch ein Vertrauensverhältnis zwischen den einzelnen Erwerbsgruppen möglich sein müsse.

Nach Dr. Kießer sprach im Namen der Reichsregierung Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus.

Nach einem Rückblick auf die Entwicklung der Kriegs- und Nachkriegszeit erklärte der Minister, daß der Industrie sehr mobiles Betriebskapital fehle. Industrie und Landwirtschaft seien jetzt wieder auf die Hilfe der Banken angewiesen. Infolge des Kapitalmangels arbeite aber die deutsche Wirtschaft mit Zinsfäden, die weit über die im Ausland üblichen hinausgehen. Die Reichsregierung sei daher bei ihrer Verbilligungsaktion auch an die Banken herangetreten, um die Kosten der Geldbeschaffung herabzusetzen. Durch die neue Gesetzgebung der Steuerermäßigungen, wie die Verringerung der Dividenden- und Kapitalflucht, und der Ein- und Ausfuhrerleichterung seien die Möglichkeiten dazu geschaffen. Durch die Verringerung in

der Anlage der öffentlichen Gelder komme sie den von den Banken zu treffenden Anordnungen entgegen. Sie erwarte, daß die Banken die Spanne zwischen Soll- und Haben- zinsen möglichst ermäßigen und die Provinz-Zinsätze herabsetzen. Die Regierung hoffe, daß die Banken die Verrechnungen zur Haltung eines erträglichen Preisniveaus unterstützen werden. Erstens hätten in den letzten Tagen die Banken die Initiative ergriffen, um die aus der Inflationszeit stammenden Mißstände im Aktienwesen zu beseitigen. Auch die Regierung werde diese Frage im Auge behalten. Eine genaue, vom Statistischen Reichsamt durchgeführte Aufstellung der vorhandenen Mehrstimmrechte und Vorratsaktien werde feststellen, ob sich die allmähliche Ueberführung dieser Papiere mit der erforderlichen Richtigkeit vollziehen. Unter Umständen könne auch ein gesetzliches Einschreiten nicht vermieden werden. Der Minister schloß mit dem Wunsch, daß das auf dieser Tagung vereinigte deutsche Bankgewerbe weiter erstarke und einen Ausweg aus den uns alle bedrückenden Schwierigkeiten finden werde.

Der preussische Minister für Handel und Gewerbe, Schreier, der im weiteren Verlaufe zu Wort kam, führte u. a. aus: Man müsse zugestehen, daß auch auf dem Gebiete des Kreditwesens in der wirtschaftspolitischen Entwicklung gerade der letzten Wochen wesentliche Fortschritte erzielt worden sind, denen weitere folgen würden. Dazu bedürfe es vor allem einer weiteren Stärkung des Sparbetriebs, der nicht durch übermäßige Steuererschöpfung verhindert werden dürfe. Die Dividendenpolitik der deutschen Industrie sei für die weitere Betätigung des deutschen Sparsamkeit am Effektenmarkt von außerordentlicher Wichtigkeit, wie überhaupt die pflegliche Behandlung der Börse notwendig sei.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht erklärte u. a.: Unsere Preisbildung werde in erster Linie nicht von den Produktionskosten, sondern in erheblichem Umfange von den Verteilungskosten bestimmt. Ueber die eigentliche Frage der Zinsfestsetzung hinaus werde die Kreditpolitik darauf zu achten haben, daß die spekulative Zurückhaltung von Warenbeständen unterbleibe. Versuche von rechts und links, die Währungsposition der Reichsbank zu diskreditieren, indem man sie als Währungsinflation bezeichne, seien verwerflich und beruhten auf völliger Verkennung der Tatsachen.

es an der Einladung an Deutschland zur Sicherheitskonferenz als einladende Macht teilnimmt.

Es wird bestätigt, daß der französische Außenminister Briand wahrscheinlich morgen nach Genf zurückkehren wird.

Der englische Premierminister Baldwin hat heute in Paris an einem ihm zu Ehren von Poincaré gegebenen Essen teilgenommen, zu dem auch Briand und Caillaux eingeladen waren. Daran schloß sich am Nachmittag eine Aussprache zwischen Baldwin und Briand.

Chamberlain ist Sonntag abend von Genf kommend in London eingetroffen.

Der französische Unterrichtsminister in Berlin.

Berlin, 14. Sept. (Draht. unseres Berliner Vertreters.) Der französische Kultusminister de Monzie ist heute in Berlin eingetroffen. Der Zweck seines Besuches ist die Fällungsnahme mit dem preussischen Kultusminister und deutschen Kreisen von Wissenschaftlern und Schulmännern über Kultusfragen. In Berliner politischen Kreisen spricht man jedoch davon, daß de Monzie weitergehende Aufträge habe und daß er auch gemäßigten im Namen des amtlichen Frankreich Friedensfühler nach Deutschland ausstreuen wolle. Bestimmte Unterlagen für solche Vermutungen sind nicht gegeben, ebenso

wenig für das umlaufende Gerücht, daß de Monzie wegen der angestrebten Zusammenkunft zwischen Stresemann und Briand die letzten Vereinbarungen treffen solle.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Polens Bernichtungskampf gegen die deutschen Schulen.

Berlin, 14. Sept. (Draht. unseres Berliner Vertreters.) Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen werden morgen in Berlin wieder aufgenommen. Bisher ist eine Erleichterung in der jetzigen Lage noch nicht eingetreten, im Gegenteil kann man von einer Erleichterung infolgedessen, als Polen inzwischen die Schiffszölle eingeführt hat. Offenbar denkt Polen daran, diesen wirtschaftlichen Trumpf nicht aus der Hand zu geben, um so ein politisches Druckmittel bei den Verhandlungen zu haben.

tu Danzig, 14. Sept. (Tel.) Das polnische Kuratorium in Posen hat dem Direktor des deutschen Privatgymnasiums und fünf Lehrkräften die Unterrichtserlaubnis entzogen. Desgleichen ist am Obergymnasium dem Direktor und vier Lehrerinnen die Befugnis zum Unterrichten genommen worden. Der deutsche Sejmabgeordnete, Domherr Klink, erhob im Namen der Elternschaft Einspruch, der aber erfolglos blieb. Von anderen Anstalten der Provinz werden ähnliche Maßnahmen berichtet.

Ein Giftseil gegen das Zentrum.

Für das künftige Verhältnis des Zentrums zur Deutschen Volkspartei, das ja auch durch den Fall Wirth stark berührt wird, ist außer der Haltung der Deutschnationalen in den aktuellen Fragen der Außenpolitik eine Affäre von besonderer Bedeutung, die eng verknüpft ist mit dem Namen des deutschnationalen Abgeordneten Bachem, der der Sohn des in der Kriegszeit verstorbenen Julius Bachem, des bekannten Politikers der „Kölnischen Volkszeitung“ ist.

Der Abgeordnete Bachem hatte vor wenigen Wochen in einem Brief an seine Parteileitung die Behauptung aufgestellt, die Verfassungskommissionen würden von der Befugnis geschönt, und er forderte zur systematischen Sammlung von Material auf, um seine Behauptung zu beweisen. Aber das war nur der erste Streich! Neuerdings hat er speziell gegen das rheinische Zentrum und vor allem gegen dessen Führer den Vorwurf des Landesverrats erhoben! Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlichte in der vergangenen Woche einen Brief Bachems an die Leitung der Deutschnationalen Partei, wonach er mit dieser einig geworden ist und nunmehr von den Landesverbänden, Ortsgruppen und Vertrauensleuten der Deutschnationalen Partei wider die rheinische Politik des Zentrums gesammelt werden soll, um sie als national verdrängend zu erweisen. Vor allem aber sei es notwendig, die Führer zu belasten. Deshalb müsse Sorge dafür getragen werden, festzustellen, wo sie französische Hilfe in Anspruch genommen, wo sie Beziehungen mit französischen Dienststellen gehabt, wo sie Auswanderungen getan hätten, die separatistischen Gedanken widerspiegeln, wo sie, um angeblich Schlimmeres zu verhindern, eine Haltung eingenommen hätten, die den Interessen des Reichs oder der Länder zuwider gewesen sei. Außerdem müsse der Zeitpunkt ab 1918 genau angegeben werden. Zeugen seien tunlichst zu benennen, damit das gesammelte Material möglichst fies und stichfest sei. Es wurde durch diesen Brief bekannt, daß die offizielle Parteileitung der Deutschnationalen Partei sich erdreiste, ein groborganisiertes Spitzelsystem gegen das rheinische Zentrum zu schaffen, und zwar zu einer Zeit, wo das Zentrum bereits im Reiche mit der Rechten zusammenarbeitete. Während man also hier scheinbar im besten Einvernehmen zusammenlag, organisierte man hinter dem Rücken des Zentrums einen skandalösen Verleumdungskrieg gegen das Zentrum. Man hier die Hilfe der rheinischen Abgeordneten sich sicherte, ging man heimlich hin und setzte das Land bis in die kleinste Ortsgruppe in Bewegung, um die Ehre dieser Abgeordneten in der empfindlichsten Weise anzugreifen.

Wenn wir erst heute von diesem Spitzelsystem Notiz nehmen, so ist diese Zurückhaltung darauf zurückzuführen, daß wir eine offizielle Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei erwarteten, ob der von der „Kölnischen Zeitung“ veröffentlichte Brief wirklich timme und ob in der Tat die offizielle Partei Anteil an diesem niedrigen und hinterlistigen Verfahren habe oder nicht. Bis zu diesem Augenblick hat aber die sonst so redliche deutschnationale Presse sich dem Briefe gegenüber totgestellt, und auch von der Parteileitung wird peinliches Stillschweigen beobachtet. Man darf darin wohl eine Bestätigung der Echtheit des Briefes erkennen, denn die „Germania“ mit Recht einen der boshaftesten Giftseile nannte, die je auf das Zentrum abgeschossen worden sind. Daß sich die rheinische Zentrumspartei, die gestern und heute in Düsseldorf sich über die schwebenden politischen Fragen auspricht, durch diese, um einen gelinden Ausdruck zu gebrauchen, unaufrichtige Haltung der Deutschnationalen in ihren Entschuldigungen hart beeinträchtigen lassen wird, ist als selbstverständlich anzunehmen.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Heidelberg, 14. Sept. (Tel.) Gestern hat in der hiesigen Stadthalle der diesjährige sozialdemokratische Parteitag begonnen. Auf dem Bahnhofspalast ist eine große rote Säule errichtet, von der neben der roten Parteiflagge die Reichsfarben, die badischen Landesfarben und die Farben der Stadt Heidelberg wehen. Außerdem weht nur noch der Flaggenschmuck an der Stadthalle auf die Zusammenkunft der Abgeordneten der hiesigen deutschen Partei hin.

Die Verhandlungen dürften die ganze Woche in Anspruch nehmen. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildet die Beratung des neuen Parteiprogrammes. Auch die Entscheidung über den Konflikt innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie wird von diesem Parteitag erwartet. Der Bericht des Parteivorstandes gibt den gesamten Mitgliederbestand der Partei für den 31. März 1925 mit 844 495 an, darunter 133 093 Frauen. Im Reichstag und in den Landtagen der Länder verfügt die sozialdemokratische Partei zusammen nach dem Stande vom 1. Juli 1925 über 602 Abgeordnete, darunter 61 Frauen. Ferner gibt es 45 488 sozialdemokratische Gemeinderäte. In 711 Städten sind 1600 sozialdemokratische Magistratsmitglieder, in 2024 Gemeindevorständen sind 2830 sozialdemokratische Mitglieder vorhanden. Außerdem verfügt die sozialdemokratische Partei über 3218 Kreistags- und 430 Provinziallandtagsmitglieder.

Den Auftakt fand der Parteitag gestern vormittag durch eine Kundgebung am Graben Eberts, bei der der Parteivorstand auf dem mit frischem Blumenkranz bestellten Graben einen Kranz niederlegte. Reichstagsabgeordneter Möllenbaur hielt die Gedenkrede. Am Abend fand dann in der Stadthalle die

Eröffnungssitzung. Auch die Witwe des verstorbenen Reichspräsidenten war erschienen; sie nahm am Vorstandssitz Platz. Nach der Eröffnung durch den Heidelberger Parteisekretär begrüßte der Vorsteher, Abg. Wels, die Erschienenen. Er freute die letzten politischen Vorgänge, besonders die Zollvorlage, die Millionen deutscher Arbeiter das Brot verteuern werde. Außenpolitik habe die Sozialdemokratie den größten Triumph erlebt, der je einer Partei beschieden war, indem jetzt die sozialdemokratische Außenpolitik von den sozialdemokratischen Feinden der Parteien als die einzig mögliche mit größtem Eifer durchgeführt werde. Das eine Jahr Reichsregierung gegen die Sozialdemokratie habe gezeigt, wie sehr die Späher, Kleinrentner, Lohnempfänger und Verbraucher zu Schaden kämen, wenn sie ihre Stimme den Parteien gäben, deren Sinn nur auf eigenem Profit gerichtet sei. Im Interesse aller dieser Schichten werde die Partei mit größtem Eifer das Ziel verfolgen, auch im Reiche die politische Macht wieder zu erringen.

Darauf konstituierte sich der Parteitag und wählte einstimmig Wels und Meier-Heidelberg zu Vorstehenden. Zur Tagesordnung wurde ein Antrag angenommen, wonach gegen die gegenwärtige deutsche Politik in einer besonderen Entschließung Stellung genommen werden soll. Nach Verlesung einer Reihe von Begrüßungsschreiben folgten dann die Ansprachen der Vertreter des Auslandes.

Die eigentliche Verhandlungsarbeit begann heute. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt der

Bericht des Parteivorstandes. Für die Erledigung des damit zusammenhängenden Sachsen-Konfliktes wurde beschlossen, im Anschluß an die allgemeinen Referate zu einen Vertreter der sächsischen Landtagsfraktion, die bekanntlich den Ministerpräsidenten der aus Volksparlamenten, Demokraten und Sozialdemokraten gebildeten Koalitionsregierung gestellt hat, damit aber im Gegensatz zu der in Sachsen die Mehrheit bildenden radikalen Richtung vom Schläge Seigners geraten ist, und der sächsischen Landesparteiorganisation

Neuregelung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn.

Ab 1. Oktober.

Durch das Einkommensteuergesetz vom 10. August 1925 ist der Steuerabzug vom Arbeitslohn neu geregelt worden. Die Neuregelung tritt am 1. Oktober 1925 in Kraft. Der bisherige steuerfreie Lohnbetrag von 960 Reichsmark jährlich (80 Reichsmark monatlich) ist beibehalten worden. Er wurde jedoch in drei Teile zerlegt, und zwar in einen steuerfreien Lohnbetrag im engeren Sinne von 600 Reichsmark jährlich (50 Reichsmark monatlich) und in zwei Beträge von je 180 Reichsmark jährlich (15 Reichsmark monatlich) zur Abgeltung der Werbungskosten und Sonderleistungen.

Für die Berücksichtigung des Familienstandes findet eine Verbindung des bisherigen Systems der prozentualen Ermäßigungen mit dem System der festen Abzüge statt. Der Steuerabzug von zehn vom Hundert vermindert sich für die Ehefrau und jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind um je eins vom Hundert. Im Gesetz ist dies durch zum Ausdruck gebracht, daß außer dem Betrage von 960 Reichsmark jährlich (80 Reichsmark monatlich) zehn vom Hundert des über diesen Betrag hinausgehenden Arbeitslohnes für jeden Familienangehörigen steuerfrei bleiben sollen.

Die nach dem Steuerüberleitungsgesetz bestehende Ermäßigung von zwei vom Hundert vom zweiten bzw. dritten Kinde an

nen mit je einstufiger Reduzierung des Werts zu geben und dann die Angelegenheit einer besonderen Kommission zu überweisen. Zum allgemeinen Teil des Vorstandsberichtes nahm als erster Referent Johannes Stelling vom Parteivorstand das Wort. Er gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß jetzt von den Feinden der Sozialdemokratie die Politik übernommen werde, die die Sozialdemokratie immer propagiert habe. Dank der Politik der Sozialdemokratie sei man auf dem Wege zur Befriedung Europas ein gutes Stück vorwärts gekommen. In der inneren Politik wandle sich der Redner besonders gegen die radikalen Genossen, die sich darüber klar sein müßten, daß man heute nur vorwärts komme, wenn man die Dinge so sehe, wie sie sind. Bei der Barrikade sei leider auch von manchem Parteimitgliede dem Interesse der Partei nicht genügend Rechnung getragen worden.

Zum sächsischen Konflikt übergehend, erklärte Stelling, daß sich die Partei die Möglichkeit von Koalitionen mit bürgerlichen Parteien nicht durch einen Beschluß ein für allemal abschneiden dürfe. Auch Sachsen wäre vollständig der Reaktion preisgegeben worden, wenn die sächsische Fraktionsmehrheit nicht die Koalition mitgemacht hätte. Der Parteivorstand habe schließlich zur Lösung des Konfliktes die einzige Möglichkeit in der Landtagsauslösung gesehen, womit selber die sächsische Fraktionsmehrheit nicht einverstanden gewesen sei. Man könne den Konflikt nicht einfach damit lösen, daß man die 23 Mitglieder der Fraktionsmehrheit als Disziplinbrecher ausschleide. Zunächst müßten in der Fraktion Mehrheit und Minderheit wieder zusammenarbeiten und sodann der Landtag sobald als möglich aufgelöst werden. Bei der Auflösung der Landtag sollte ohne Formbindung der Organisation möglichkeit allen Richtungen Rechnung getragen werden. Der Redner rechtfertigte zum Schluß die Haltung der Partei bei der zweiten Reichspräsidentenwahl.

Der zweite Vortragskammer, Landtagspräsident Bartels, ging auf den Kasien- und Mitgliederbestand der Partei ein. Der Mitgliederbestand habe sich seit dem letzten Parteitag um etwa 100 000 vermehrt.

Ueber die Bildungsarbeit der Partei berichtete Staatssekretär Schulz, über die Frauenbewegung Abg. Frau Zuckerschmuck, von der Kontrollkommission dann Entlastung für den Parteivorstand beantragt worden war, trat eine Mittagspause ein.

In der Nachmittags Sitzung erhielten zunächst zum Sachsen-Konflikt je ein Vertreter der freien und sächsischen Richtung das Wort. Vorher wurde die sogenannte Sachsen-Kommission aus 13 nicht-sächsischen Delegierten gebildet. Für die 23 Mitglieder der Mehrheit der sächsischen Landtagsfraktion sprach Landtagsabgeordneter Betsche aus Dresden, der seiner Genugtuung darüber Ausdruck gab, daß er endlich einmal die gegen die Mehrheit erhobenen Beschuldigungen zurückweisen könne. Der Streit gehe um Staatsbesetzung oder Staatsverneinung. Mit der Diktatur Helms wären alle früheren Errungenschaften zertrümmert worden, wenn man nicht in die Koalition gegangen wäre. Alle Einigungsversuche wären dann daran gescheitert, daß die sächsischen Radikalen in unerhörter Weise nicht nur die Fraktionsmehrheit, sondern auch den Parteivorstand angegriffen.

H. Heidelberg, 14. Sept. (Tel.) Der der Fraktionsmehrheit angehörende Abgeordnete Betsche teilte auf dem sozialdemokratischen Parteitag mit, daß

bei der Reichspräsidentenwahl von den sozialdemokratischen Bezirksvorständen in Sachsen verboten wurde, für die Kandidatur Marx Versammlungen zu veranstalten.

Dann erhielt das Wort der Vertreter der sächsischen Linken, der Abgeordnete Lipinski. Es handelte sich bei dem Konflikt, so führte er aus, um die politischen und organisatorischen Probleme der Gesamtpartei. Er richtete heftige Angriffe gegen den Parteivorstand, der der Fraktionsmehrheit Radikallage erteilt habe ohne Wissen der Parteioberleitung. Es sei ein unheilvoller Zustand, daß 23 Landtagsabgeordnete dauernd die Beschuldigung der Parteioberleitung nicht abweisen. Damit schloß die Aussprache über den sächsischen Konflikt, die nunmehr in der Kommission fortgesetzt wird.

Parteitag der Wirtschaftspartei.

Köln, 14. Sept. (Tel.) Die Wirtschaftspartei hat in diesen Tagen in Köln ihren Parteitag abgehalten. Bemerkenswert war die Rede des Reichstagsabg. Prof. Dr. Brodt über die Stellung der Wirtschaftspartei zu den Fragen der Außenpolitik. Er wandte sich vor allen Dingen gegen den Sicherheitspakt und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Zum Schluß wurde ein Ergebnistelegamm an den Reichspräsidenten und an den Reichstagspräsidenten ein Protesttelegramm gegen die Preislenkungspraktik der Regierung geschickt.

Der Reichspräsident in Mecklenburg.

Stettin, 14. Sept. (Tel.) Reichspräsident von Hindenburg stattete gestern in Begleitung seines Sohnes, des Majors von Hindenburg, und des Staatssekretärs Dr. Meißner der Mecklenburg-Schweriner Regierung einen offiziellen Besuch ab. Um 10.30 Uhr wurde der Reichspräsident vom Ministerpräsidenten von Brandenstein und dem Standortältesten General von Hagen auf dem Schweriner Bahnhof begrüßt. Im Rathaus, das mit den Reichs-, Landes- und Stadtfarben geschmückt war, wurde der Reichspräsident vom Oberbürgermeister begrüßt. Im Regierungsgelände fand dann die Begrüßung durch das Ministerium statt. Im nahen Archibaldsaal folgte darauf ein Frühstück in kleinem Kreise, dem sich eine einstündige Dampferfahrt auf dem Schweriner See anschloß. Nachmittags drei Uhr fand im großen Saale des Regierungsgeländes ein Tee statt, zu dem Angehörige

ist fortgefallen. Mindestens bieten folgende feste Beträge Steuerfrei: für die Ehefrau 120 Reichsmark jährlich (zehn Reichsmark monatlich), für das erste Kind 120 Reichsmark jährlich (zehn Reichsmark monatlich), für das zweite Kind 240 Reichsmark jährlich (20 Reichsmark monatlich), für das dritte Kind 480 Reichsmark jährlich (40 Reichsmark monatlich), für das vierte und jedes folgende Kind je 600 Reichsmark jährlich (50 Reichsmark monatlich).

Durch die Verbindung von zwei Systemen soll sowohl den kleinen wie den größeren Lohnsteuerpflichtigen Rechnung getragen werden. Die Frage, welches System für die Berücksichtigung der Familienermäßigungen anzuwenden ist, ist danach zu entscheiden, ob das System der prozentualen Ermäßigungen oder das System der festen Beträge für den Arbeitnehmer im einzelnen Falle in seiner Gesamtheit günstiger wirkt.

Die Arbeitgeber müssen sich schon jetzt auf die Änderungen einstellen, damit sie in der Lage sind, den Steuerabzug vom 1. Oktober 1925 ab richtig zu berechnen. Die Einzelheiten der neuen Regelung ergeben sich aus einem Merkblatt, das bei den Finanzämtern unentgeltlich abgeholt werden kann. Weiter ist eine Steuerabzugstabelle in Arbeit, aus der der Steuerabzug abgelesen werden kann. Sie wird demnächst fertiggestellt werden. Es ergeht darüber noch besondere Benachrichtigung.

aller Schichten der Bevölkerung geladen waren. In einer Ansprache dankte der Ministerpräsident dem Reichspräsidenten für die Ehre seines Besuchs und wies u. a. auf die Not der deutschen Landwirtschaft hin, für die der Reichspräsident volles Verständnis habe. Der Reichspräsident dankte mit herzlichen Worten.

Um 5.30 Uhr nachmittags verließ der Reichspräsident mit seinem Gefolge Schwerin, wiederum von der Menschenmenge mit lebhaften Hochrufen begrüßt.

Der Reichspräsident ist am Sonntagabend von seiner Mecklenburger Reise wieder in Berlin eingetroffen.

Lohnkampf-Vorbereitungen der Eisenbahner.

Düsseldorf, 14. Sept. (Dratsb.) Die heutige Versammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands (Verbandsleitung Elberfeld), die von Abgeordneten der Beamten, Angestellten und Arbeiter besucht war, nahm zu dem Lohnverhandlungen der Eisenbahner, besonders zu dem am 10. September gefällten Schiedsspruch, Stellung. Sämtliche Vertreter erklärten ausdrücklich, daß sie nicht gewillt seien, die Eisenbahn durch den Dampfpflan aufrechten Verpflichtungen zum großen Teil allein zu tragen. Der Hauptvorstand wurde beauftragt, sofort die Vorbereitungen für die bevorstehenden Kämpfe zu treffen.

Ein türkisches Zugeständnis in der Mossulfrage.

Wien, 14. Sept. (Tel.) Der türkische Außenminister, Tewfik Ruchdi Bey, hat dem Komitee für die Mossulfrage mitgeteilt, daß die Türkei damit einverstanden wäre, das Gebiet von Diale, das nach dem Bericht der Mossulkommission des Völkerbundes große wirtschaftliche Bedeutung für den Irak habe, diesem Staat zugeteilt werde. Im übrigen solle Mossul der Türkei zurückgegeben werden. Gleichzeitig schloß der türkische Außenminister den Abbruch eines Sicherheitspactes zwischen der Türkei, Persien, Irak und Großbritannien vor.

Von Nah und Fern.

Bootsunglück auf der Weser.

W. Hameln, 14. Sept. (Tel.) Bei einem von zwei Mitgliedern des hiesigen Rudervereins, Dr. Gerbrecht und Referendar Lege, unternommenen Versuch, mit einem Paddelboot das Weserwehr zu überwinden, schlug das Boot um und wurde zerstört. Während Dr. Gerbrecht sich zu retten vermochte, wurde Referendar Lege infolge des hohen Weserstandes von der Strömung fortgerissen und ertrank.

Schwere Autounfälle. W. Brüssel, 14. Sept. (Tel.) Ein mit 6 Personen besetztes Auto fuhr auf der Straße von Namur nach Lüttich infolge des schlechten Zustandes der Straße gegen einen Baum, wobei der vordere hintere Teil explodierte und das Auto in Brand geriet. Drei Insassen erlitten Brandwunden, zwei weitere Insassen, und zwar eine Frau mit ihrem dreijährigen Kinde, kamen in den Flammen um.

W. London, 14. Sept. (Tel.) In der Nähe von Melkton stürzte ein Automobil um. Dabei wurden vier Personen getötet und mehrere verletzt.

Ueberflutungsgefahr in China. W. London, 14. Sept. (Tel.) Aus Peking wird gemeldet, daß der gelbe Fluß in der Provinz Schantung aus den Ufern getreten ist und ein Gebiet über 100 km. Breite unter Wasser gesetzt hat. Ueber tausend Dörfer sind zerstört worden. Die Zahl der Getrunkenen wird auf etwa 3000 geschätzt.

Unruhen im Staate Rio Grande do Sul. W. New York, 14. Sept. (Tel.) Nach einem der Associated Press aus Montevideo zugewandenen Telegramm sind im brasilianischen Staate Rio Grande do Sul politische Unruhen ausgebrochen, und beständigen Gerüchten zufolge soll es bereits zu Kämpfen gekommen sein.

Markt- und Frankenschlußnotierungen. h. New York, 14. Sept. (Funkpr.) Schlußkurs der Markt 28,80—82. 100 Franken gleich 4,89 1/2 Dollar.

Getreidenotierungen. h. Chicago, 14. Sept. (Funkpr.) Schlußnot.: Weizen: Sept. 149,375, Dez. 149,375, Mai 152,625, stetig; Mais: Sept. 95,375, Dez. 83,5, Mai 87,125, stetig; Hafer: Sept. 88,75, Dez. 41,875, Mai 46, stetig; Roggen: Sept. 88, Dez. 92, Mai 97,25, willig.

Baumwollnotierungen. h. Bremen, 14. Sept. (Eig. Dratsb.) Schlußnotierungen: Oktober 25,55—75; Dez. 25,60—69; Jan. 25,57—66; März 25,70 bis 78; Mai 25,82—87; Juli 25,81—86. h. Liverpool, 14. Sept. (Funkpr.) Ums. 5000, Imp. 200, für den Exp. 100. Schlußnotier.: Loko 13,44; Sept. 13,09; Oktbr. 12,85; Nov. 12,84; Dez. 12,85; Jan. 12,82; Febr. 12,80; März 12,84; April 12,82; Mai 12,86; Juni 12,79; Juli 12,78; Aug. 12,68.

h. New York, 14. Sept. (Funkpr.) Stramm. Schlußnot.: Loko 24,75; Sept. 24,26—28; Okt. 24,46—50; Dez. 24,85—87; Jan. 24,23—25; März 24,57—57; April 24,49—49; Mai 24,81—83; Juli 24,50—50. Zuf.: Atlantik 68 000, Inland 55 000, Golf 20 000, Frankreich 42 000.

Kreisblatt d. R. hede

Ne. 2

Marx

Das 3. Warnung vor

In einer partei, Marx schweblicher Volkszeitung kommende Partei der Angelegen auf eine Ann Wert gelegt n nicht verkiebe Interparlament außer dem eine Zusammentritt der Rüdfehr h heute noch sein furt a. M. in gestellt habe. Meinung Marx Zentrumspartei Koalition einm gehen mit Marx, Stand Mittelpar müsse, um f rechts zu e hätte, auch b sel nach der a rangen der Wahlen nicht

Auf eine denlich hatte, Charakter des wartefer teiorgan im Falle 2 Richtungen ge den Standpun den sei. Dies gen, wo beide dem n ächste er t ächste ren Ausdr u. a. zweife nicht klar die kennen lasse. Nachwahlen r gegenü gegenü darauf rechn tretenden Wei der Zentrums scheldung Anf einzelnen Dag dem Parteita Fragen ungew

Ueber die vom Zentrum Abg. Zoos Wirth geäuße „Wir hab tionen u n deden. Dieser nur die Zentr Das heutig weltam Absta Ständegri ten, geistig der Wählerch ist geeigne zu beunru zurant, dah ren auch Le dition zum Einfluß n tionen ge nung zwischen ist da. Sie m sind berufen, besten Zentru

Wie die 3. zant fur starken Belfa Republik, ei kleinen Teile he diese Sta wird von be dann weiter,